Deutsches Reich.

⊠ **Berlin**, 30. April. (Deutscher Flotten-Verein.) Gestern trat das Präsidium des Deutschen Flotten-Vereins unter dem Vorsitz des Fürsten zu Salm-Horstmar zu einer Sitzung zusammen, an der Admiral a. D. Hollmann, Freiherr von Schorlemer, General Menges, Kommerzienrat Ravené, Geheimrat Buerley, Herr von Bressendorf und Baurat Kyllmann teilnahmen. Der Bayerische Landesverband war durch den Generalkonsul von Oldenbourg vertreten, während Freiherr von Würtzburg durch Krankheit verhindert wurde, nach Berlin zu kommen. Aus den Beratungen dürfte von allgemeinem Interesse sein, daß in Ausführung eines Beschlusses der Hauptversammlung das Präsidium des Deutschen Flotten-Vereins bestimmt hat, vom 1. Januar 1904 ab der unter dem Protektorat des Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Preußen stehenden Gesellschaft „Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der Kaiserlichen Marine" jährlich einen Beitrag von 15 000 ℳ zuzuwenden. Auch mit dem Verein „Seemannsheim", dessen von Kommerzienrat Dannenbaum aufgesetzte neue Satzung umfangreiche Betätigung auf dem Gebiet der Seewohlfahrtspflege in Aussicht nimmt, soll ein ähnliches Abkommen getroffen werden. — Der Kaiser hat auf den Bericht des Präsidenten des Deutschen Flotten-Vereins, Fürsten zu Salm-Horstmar, über den Verlauf der in München abgehaltenen Hauptversammlung an diesen nachstehendes Handschreiben gerichtet:

Hochgeborener Fürst! Es war Mir eine besondere Freude, aus Eurer Liebden Schreiben vom 9. April d. J. zu ersehen, welch glänzenden und patriotischen Verlauf die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Flotten-Vereins in München dank der gnädigen Teilnahme Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten Luitpold von Bayern und mehrerer Prinzen des Königlich Bayerischen Hauses genommen, und welch gastliche Aufnahme die bayerische Haupt- und Residenzstadt dem Flottenverein gewährt hat. Auch hat Mich der von dem Geh. Rat Professor Dr. v. Heigel bei dieser Gelegenheit gehaltene Vortrag über die geschichtliche Entwickelung der deutschen Seemacht, der wesentlich zu dem Gelingen des Festes beigetragen hat, lebhaft interessiert. Indem Ich Eurer Liebden Meinen wärmsten Dank ausspreche, wünsche Ich der treuen Arbeit des Deutschen Flotten-Vereins in allen seinen Gliedern auch ferner segensreichen Erfolg. Ich verbleibe Eurer Liebden wohlgeneigter gez. Wilhelm. I. R. Berlin im Schloß, den 27. April 1903.

Ferner hat der Kaiser dem Vorsitzenden des Bayerischen Landesverbandes und Vizepräsidenten des Deutschen Flotten-Vereins, Erblichen Reichsrat der Krone Bayern Freiherrn von Würtzburg in München, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um den Deutschen Flotten-Verein seine Photographie mit Unterschrift und Rahmen verliehen.

B. C. **Berlin**, 30. April. (Streiks und Aussperrungen im Jahre 1902.) Die ausführliche Statistik der „Streiks und Aussperrungen im Jahre 1902" für das Deutsche Reich ist soeben als Band 157 der vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Statistik des Deutschen Reichs erschienen; die entsprechenden Statistiken der ausländischen Staaten für 1902 liegen bisher noch nicht vor. Amtlicherseits werden für das Berichtsjahr 1902 im ganzen 1084 Streiks (gegen 1071 im Vorjahre) gezählt, von denen 13 bereits vor dem 1. Januar 1902 begonnen hatten und 24 am 31. Dezember 1902 noch nicht beendet waren. Von den 1060 im Laufe des Jahres 1902 zur Beendigung gelangten Streiks — im Vorjahre betrug die Zahl dieser Streiks 1056 — wurden 3437 Betriebe (gegen 4301 im Vorjahre) mit insgesamt 131 086 (1901: 141 220) beschäftigten Arbeitern betroffen. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden belief sich auf 53 912 (1901: 55 262) Personen. Infolge von Streiks wurden 6272 (1901: 7429) Arbeiter zum Feiern gezwungen. Angriffsstreiks wurden 798 (1901: 697), Abwehrstreiks 262 (1901: 330) gezählt. Vollen Erfolg hatten die Streikenden in 228 (1901: 200), teilweisen Erfolg in 235 (1901: 285), überhaupt keinen Erfolg in 597 (1901: 571) Fällen. Eine Anzahl von Textilübersichten bringt, wie in den Vorjahren, die Streikbewegung des Berichtsjahres unter verschiedenen Gesichtspunkten zur ziffernmäßigen Darstellung. — An Aussperrungen werden für das Jahr 1902 51 begonnene (1901: 38) und 46 beendete (1901: 35) nachgewiesen. Von den letzteren wurden im Berichtsjahre 948 (1901: 283) Betriebe mit 18 705 (1901: 7980) beschäftigten Arbeitern betroffen. Die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten betrug 10 305 (1901: 5414), außerdem wurden 207 (1901: 95) Personen zum Feiern gezwungen. Von den beendeten Aussperrungen brachten den Arbeitnehmern 30 vollen, 7 teilweisen und 9 überhaupt keinen Erfolg; die entsprechenden Zahlen im Vorjahre waren 16, 8 und 11.

— Der deutsche Kronprinz und Prinz Eitel Fritz werden sich am 2. Mai in Florenz dem Kaiser anschließen und mit ihm dem italienischen Königspaare und dem Papste Leo XIII. ihre Aufwartung machen. Der Kronprinz wird am 6 Mai in Rom seinen 21. Geburtstag feiern und am selben Tage mit seinem Bruder die Rückfahrt nach Berlin antreten, während der Kaiser sich von Rom aus, wie schon gemeldet, zunächst zum Fürsten Fürstenberg nach Donaueschingen und dann nach Straßburg und Schloß Urville bei Metz begeben wird. Mit der Rückkehr nach Potsdam wird sich auch der Wechsel in der kronprinzlichen Hofhaltung vollziehen. Der bisherige militärische Begleiter, Oberst v. Prittwitz, wird wieder ein Kommando im Heere erhalten, und statt seiner wird Hofmarschall v. Trotha die Führung des Hofhalts übernehmen.

— Die Bekanntmachung des „Reichsanzeigers", betreffend Abänderung des Wahlreglements für die Reichstagswahlen, besagt in den vom alten Wahlreglement abweichenden Hauptbestimmungen:

Es ist entweder durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstandstische getrennten Nebentischen Vorsorge dafür zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, nimmt von einer durch den Wahlvorstand in der Nähe des Zugangs zu dem Nebenraum oder Nebentische aufzustellenden Person einen abgestempelten Umschlag an sich. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, wo er seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag steckt, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen sowie auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Protokollführer den Namen in der Wählerliste gefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, der ihn sofort unerdffnet in die Wahlurne legt. Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentische nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

Außerdem veröffentlicht der „Reichsanz." heute noch die Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in den zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen. Vom 24. April 1903. Ferner die Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Bleifarben- und Bleizuckerfabriken. Vom 24. April 1903.

— Der in allernächster Zeit zur Versendung an die Einzelregierungen gelangende Entwurf über den Versicherungsvertrag soll unter Vornahme nach Vorschriften, welche die Vertragsfreiheit beschränken, auf die Transportversicherung, die Kreditversicherung, die Versicherung gegen Kursverluste und die Rückversicherung nicht zur Anwendung bringen.

— Die Offiziere und höheren Beamten des Kriegsministeriums versammelten sich heute abend anläßlich der Roon-Feier zu einem Festmahl, bei dem der Kriegsminister v. Goßler ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte und die Gedenkrede auf den Grafen Roon hielt.

— Vor der heutigen Plenarsitzung des Bundesrats hielten die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen Sitzung.

— Minister Budde hat sich, wie der Präsident der Bielefelder Handelskammer in der letzten Sitzung der Kammer mitteilte, in einer Unterredung beim letzten Handelstag ablehnend verhalten zu der Anregung, Schnellzugs- und Personenzugs-Fahrkarten zum gleichen Preise zur Verfügung zu stellen. Er sei eher dafür, zwar dieselben Fahrkarten gelten zu lassen, jedoch für die Benutzung der Schnellzüge einen mäßigen Zuschlag zu erheben. Im übrigen befürwortete der Minister die Abschaffung der Rückfahrkarten, dafür aber die Ermäßigung des Preises für einfache Fahrkarten auf die Hälfte des jetzigen Rückfahrkarten-Preises.

— Am Vorabend des Delegiertentages der nationalliberalen Partei findet in den Restaurationsräumen des Reichstages eine gesellige Zusammenkunft statt, bei der Einführung von Gästen gestattet ist. Einziger Gegenstand der Tagesordnung des Delegiertentags (11½ Vormittags am 3. Mai im großen Saal des Kaiserhofes) ist Beratung und Beschlußfassung über den Allgemeinen Wahlaufruf. Nachmittags 4½ Uhr findet ein gemeinsames Essen im Kaiserhof statt.

— Die „Post" veröffentlicht den Wahlaufruf der Reichs- und Freikonservativen Partei. Der Aufruf ist unterzeichnet vom Wahlausschuß: Graf Arnim, v. Christen, Gamp, v. Kardorff, Krause-Waldenburg, Stengel, v. Tiedemann, Vopelius und Freiherr v. Zedlitz. Er beginnt: „Die deutsche Reichspartei darf sich rühmen, zur Vollendung des Zolltarifs wesentlich beigetragen zu haben. Sie wird auch ferner für die gleichmäßige Förderung der Interessen von Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, von Handel und Schiffahrt wirken, und diesem Grundsatze auch bei dem Abschluß neuer Handelsverträge Geltung verschaffen. Die schwierige Lage, in welcher die Landwirtschaft sich zur Zeit befindet, nötigt aber dazu, vor allem für einen wirksamen Schutz des landwirtschaftlichen Gewerbes, insbesondere der Viehzucht zu sorgen." Der Aufruf verspricht sodann ein Eintreten der Partei für den Arbeiter- und den Mittelstand, für die Machtstellung des Deutschen Reiches durch Heer und Flotte und für sparsame Finanzgebarung und schließt: „Wir bitten daher unsere Freunde und Parteigenossen im Lande vor allem auf die feste Einigung aller bürgerlichen Elemente hinzuwirken; denn nicht darauf kommt es an, ob einige Vertreter unserer Partei mehr oder weniger in den Reichstag kommen, sondern es handelt sich um den gemeinschaftlichen Kampf aller staatserhaltenden Parteien gegen die Mächte des Umsturzes, gegen die Sozialdemokratie."

— Aus Mitteldeutschland wird uns eine Episode erzählt, die einigermaßen Aufklärung gibt, durch welche Mittel die Sozialdemokratie in den Besitz so mancher, nicht für diese Partei bestimmter vertraulicher Mitteilungen gelangt. In einer Wählerversammlung rühmte sich der sozialdemokratische Redner sogar, er habe sich unter der Maske eines Bauern in die Versammlung von Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte eingeschlichen, um den Inhalt dieser vertraulichen Besprechungen zu erfahren — — also verwerflichste Spionage. August Bebel hat im Reichstage oft recht harte Worte gegen das Spionagesystem gefunden; im Kampfe gegen die anderen Parteien scheint jedoch den „Genossen" die Anwendung gerade der Mittel erlaubt, die als Anzeichen „vom Verfall der bürgerlichen Gesellschaft" von der Reichstribüne herab mit allem Aufgebot sittlicher Entrüstung durch die Ober-„Genossen" stigmatisiert werden.

— Auf die Diktatur des Proletariats im deutschen Wirtschaftsleben hofft die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Sie bespricht in ihrem „Korrespondenzblatt" vom 25. d. M. unter dem Titel: „Im Zeichen des Klassenkampfes" die im Augenblick vorhandenen großen Arbeiterausstände und kommt zu dem Schluß: „In wenigen Jahren werden die Gewerkschaften den zu früh triumphierenden Unternehmerverbänden die Vertragsbedingungen diktieren, unter denen der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft". — Soweit werden es die Arbeitgeber hoffentlich nicht kommen lassen!

— Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Eisenbahndirektionen die Auswahl der für ihre Strecken besonders geeigneten Beförderungsart für Fahrräder überlassen. Er hat nur eine Prüfung darüber gewünscht, ob auch jetzt noch ein Bedürfnis bestehe, besondere Gepäckwagen zur Beförderung von Fahrrädern in bestimmten Zügen während der Sommermonate mitzuführen, nachdem das Radfahren nicht mehr in dem Umfange betrieben zu werden scheine, wie vor einigen Jahren.

— In Glatz ist am 29. April in einer zahlreich besuchten Kaufmannsversammlung eine Ortsgruppe des Bundes der Kaufleute begründet worden.

— Heute tritt der deutsche Gesandte in China, Dr. Frhr. Mumm v. Schwarzenstein, nach Beendigung seines Heimatsurlaubs, die Rückreise nach Peking an. Er hat dazu die Landreise über Sibirien gewählt. Die Reisedauer ist auf etwa 28 Tage berechnet; die Fahrt wird von Moskau ohne Unterbrechung erfolgen. Die Fahrt zur See nimmt mindestens 42 Tage in Anspruch, sie ist freilich auch viel bequemer und angenehmer. Auf der Reise wird Frhr. v. Mumm begleitet sein von Legationssekretär v. Radowitz, einem Sohne des Botschafters in Madrid, und vom Attaché Frhrn. v. Rotenhan, einem Neffen des preußischen Gesandten am Vatikan. Beide Herren sind der deutschen Gesandtschaft in China beigegeben worden.

— Hier angekommen sind der Oberpräsident der Provinz Schlesien Fürst von Hatzfeldt, Herzog zu Trachenberg, der Kardinal-Fürstbischof Kopp aus Breslau, der englische Gesandte am sächsischen Hofe Lord Gough aus Dresden.

— Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Vizeadmiral von Tirpitz, hat am 28. April einen 14tägigen Urlaub angetreten. Die Vertretung hat der Vizeadmiral Sack, Vorstand der Waffenabteilung des Reichsmarineamts, übernommen.

— Reichstagskandidaturen: Gegenüber irreführenden Mitteilungen aus dem Wahlkreise Wanzleben ist festzustellen, daß der bisherige Vertreter dieses Wahlkreises, Abg. Schmidt, wieder kandidiert; die Meldungen von Zurückziehung seiner Kandidatur sind durchaus unbegründet und sollen wahrscheinlich nur dazu führen, Verwirrung in die Reihen der Wähler zu tragen. — Da Pfarrer Hackenberg das ihm angetragene Mandat ablehnte, haben die Nationalliberalen in Elberfeld den Kaufmann Friedrichs aufgestellt.

⊙ **Geestemünde**, 30. April. Auf Tecklenborgs Schiffswerft wurde heute sämtlichen 1600 Arbeitern zum 14. Mai gekündigt, weil der Arbeiterausschuß sich weigerte, eine im hiesigen sozialistischen Blatte veröffentlichte Warnung vor Zuzug von Werftarbeitern zurückzunehmen.

⊙ **Bückeburg**, 30. April. Der Kaiser hat 11 Uhr abends die Reise über Hannover nach Rom angetreten. Auf der Fahrt nach dem Bahnhofe wurden dem Kaiser von der zahlreich in den Straßen versammelten Menge begeisterte Huldigungen dargebracht. Zur Verabschiedung auf dem Bahnhofe war der Fürst mit den Prinzen des fürstlichen Hauses anwesend.

⊙ **Hannover**, 1. Mai. (Telegramm.) Der Kaiser ist mittels Sonderzuges gestern abend 11 Uhr 40 Min. von Bückeburg hier eingetroffen. Nachdem Reichskanzler Graf v. Bülow und Graf v. Waldersee den Hofzug bestiegen hatten, erfolgte um 11 Uhr 50 Min. die Weiterfahrt.

→ In **Wittenberg** sind die Zimmerer wegen einer Lohnbesserung von 1 Pfennig pro Stunde in den Ausstand getreten, obgleich der Verbandsdelegierte wiederholt und dringend davon abgeraten hatte.

* **Elberfeld**, 30. April. Eine Versammlung von Bäckerinnungen in der Rheinprovinz und in Westfalen beschäftigte sich mit den Auswüchsen der Sonntagsarbeit im Bäckergewerbe und beschloß, für Einführung der gesetzlichen völligen Sonntagsruhe an zuständiger Stelle vorteilig zu werden.

→ **Altenburg**, 30. April. Prinz Joachim Albrecht von Preußen, Sohn des Regenten von Braunschweig und Enkel des Herzogs, traf heute auf dem hiesigen Schlosse ein und verweilte einige Stunden beim Herzoge zu Besuch.

→ **Schmölln**, 30. April. Da eine Einigung zwischen Meistern und Gesellen betreffs der Arbeitsdauer und des Stundenlohnes nicht erzielt worden ist, sind die Maurer, welche dem Verbande angehören, in den Ausstand getreten. Die dem Verbande nicht angehörigen Maurer — eine ansehnliche Zahl — arbeiten noch weiter, werden jedoch von Ausständigen belästigt, weshalb sich der Bürgermeister veranlaßt gesehen hat, durch öffentliche Bekanntmachung auf das Unstatthafte solcher Handlungsweise aufmerksam zu machen und vor Ueberschreitungen zu warnen.

* **Frankfurt a. M.**, 30. April. Von dem Vorstand der Schreinerzwangsinnung ist beschlossen worden, am 16. Mai über die Gehilfen die Sperre zu verhängen. Der Verband der Arbeitgeber hat sich dem Sperrebeschluß einstimmig angeschlossen. Sollte es zu der Sperre kommen, so würden 8—900 Arbeiter davon betroffen. (Frkf. Ztg.)

* **Trier**, 30. April. Die Stadtverordneten erhöhten die Gemeindesteuern für 1903, und zwar die Einkommensteuer von 120 auf 170 und die Realsteuern von 160 auf 185 Prozent. — Die hiesige paritätische Töchterschule mit Seminar hat bei 481 Schülerinnen (gegen 485 im Vorjahr) einen Abgang von 24 Katholikinnen und eine Zunahme von 16 Protestantinnen zu verzeichnen. Der Schulstreit hat hiernach die auf bischöflicher Seite gehegten Erwartungen nicht ganz erfüllt.

⊙ **München**, 30. April. König Georg verlieh dem Intendanten von Possart das Großkomturkreuz des Albrechtsordens.

Oesterreich-Ungarn.

Exlex in Ungarn.

* **Pest**, 30. April. Abgeordnetenhaus. (Schluß.) Franz Kossuth erklärt, er müsse vor Eintritt des budgetlosen Zustandes feststellen, daß die Verantwortlichkeit für diese Verfassungsverletzung nicht seine Partei, sondern die Regierungspartei und das Kabinett treffe. Ministerpräsident von Szell erwidert, er fühle gewiß die Verantwortlichkeit, doch würde diese größer sein, falls er die Kundgebung des Willens der Majorität hindern würde. Der Ministerpräsident fährt fort: Ich erfülle meine Pflicht wie der Dammwächter, der im Falle eines Dammbruches auf seinem Posten ausharrt und unter dem Vorbehalt, Rechenschaft abzulegen, alles aufbietet, um größere Gefahren abzuwenden. (Lebhafter Beifall rechts.) Szell erklärt, er werde unter der Pflicht der Verrechnung und unter Kontrolle des Staatsrechnungshofes im Rahmen des Budgets die Staatsgeschäfte weiterführen. Die Verantwortung für den Eintritt dieses Zustandes müsse er der Opposition zuschieben. (Lebhafter Beifall rechts, ironische Zurufe links.) Rakkay (Koalitionspartei) beantragt, die Beratungen von morgen ab aufzuheben, da es kein verantwortliches Ministerium mehr gebe, und fordert den Präsidenten auf, aus der Regierungspartei auszutreten, da sein Verbleiben in dieser eine Billigung des Vorgehens der Regierung bedeuten würde. Präsident Graf Apponyi erklärt, daß der Exlex-Zustand an der Auffassung seiner Pflichten nichts ändere. Die Auffassung, daß keine verantwortliche Regierung existiere, müsse er zurückweisen. Die Verantwortlichkeit der Regierung werde im Exlex-Zustande noch erhöht. (Lebhafter Beifall.)

* **Pest**, 30. April. Der Finanzminister hat die Verordnung erlassen, die Eintreibung der öffentlichen Steuern von morgen ab einzustellen.

Handelsbeziehungen zu Deutschland.

* **Pest**, 30. April. Das „Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau" ist von kompetenter Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht, als ob der Geheime Rat v. Hieronymi in amtlicher Mission nach Berlin gereist sei, um mit der deutschen Regierung Verhandlungen betreffs eines Handelsvertrages einzuleiten, absolut unrichtig ist und jeder Begründung entbehrt.

Der deutsche Volksrat für Mähren.

d. Der deutsche Volksrat für Mähren hielt eine Sitzung ab, in welcher zu den schwebenden politischen Tagesfragen Stellung genommen und nachstehende Entschließung gefaßt wurde. Es wird der dringende Wunsch ausgesprochen, daß in allen wichtigen nationalen Angelegenheiten ein Einvernehmen mit dem Volksrat gesucht werde, daß in den publizistischen Organen aller Parteien persönliche Gehässig-

---

25] **Das Gold vom Widwatersrand.**

Roman von F. Klinck-Lütetsburg.

Nachdruck verboten.

„Es wird dir nicht gelingen, mich durch Worte irre zu leiten", sagte Mrs. van Senden mit einer Festigkeit, die den neubelebten Mut des Gatten abermals ins Wanken brachte. „Lange genug habe ich mich willig betrügen lassen und dir geglaubt, wenn du mir sagtest, daß der Verstand einer Frau nicht ausreiche, geschäftliche Maßnahmen eines Mannes recht zu erfassen. Selbst die zahlreichen zwischen dir und deinem Sohne bestehenden Meinungsverschiedenheiten, die mich hätten aufmerksam machen sollen, fanden mich auf deiner Seite, und führten allmählich zu einer Entfremdung zwischen Mutter und Sohn. Nun glaube ich dir nicht mehr, sondern ich will den Beweis dafür haben, daß nicht Wilm mit dem Mann gemeint war, den du dem Sekretär Mildler als denjenigen bezeichnet hast, der für die nächsten Wochen von der Bildfläche verschwinden müsse, um freie Hand zu bekommen. Hattest du den leiblichen Sohn im Auge, Egnatius, als du an jenem Nachmittag mit einem Spion und Verräter verhandeltest, dann mag ich nicht mehr mit dir unter einem Dache sein, weil dein Leben eine einzige große Lüge gewesen ist, von der du dich nie mehr frei machen kannst; dann — Egnatius — bist du nicht der Mann, für den du dich ausgegeben, sondern ein gewissenloser Streber, der selbst die engsten Bande des Blutes verläugnet, um im Schmutz vor dem Mammon zu knien, und die Schuld wird dich erdrücken. Von mir aber erwarte keine Nachsicht. Von der Stunde an, in welcher ich aus einem Zustand der Lethargie, in welche mich ein Leben des Genusses und Ueberflusses versenkt, aufgerüttelt worden bin und erkennen mußte, daß ich eine schlechte Mutter gewesen war, lebte in mir der Entschluß, Versäumtes nachzuholen, wenn ich wieder von meinem Krankenlager erstehen würde. Egnatius, gib mir den Sohn zurück!"

„Geh' auf dein Zimmer", herrschte er sie aber an, als sie eine Bewegung machte, sich ihm zu nähern, und wohl gar vor ihm niederzuknien, indem er mit beiden ausgestreckten Händen abwehrte. „Ich werde zum Arzt schicken. Mir erscheint dein Zustand unverändert. Wärst du bei Sinnen, du würdest dich nicht so geberden und derartiges ungereimtes Zeug schwätzen."

Nur noch einen Augenblick stand Mrs. van Senden, die schmalen Lippen wie zu einer Entgegnung halb geöffnet, während rote Flecke auf ihren Wangen brannten. Dann wandte sie sich zum Gehen. Indem sie das Zimmer verließ, machte sich in ihrer Haltung und ihrem Gang keine Spur von Schwäche mehr bemerkbar.

Fünfzehntes Kapitel.

Monheer Egnatius van Senden stand noch lange, nachdem seine Gattin das Zimmer verlassen hatte, regungslos an derselben Stelle.

Jetzt, als er sich allein sah, und die Notwendigkeit geschwunden war, eine Ruhe und Gleichgültigkeit zu behaupten, die er nicht besaß, hatte sein Gesicht einen müden, abgespannten Ausdruck angenommen, und er erschien um viele Jahre gealtert. Seine Züge waren erschlafft, die Gesichtsfarbe entbehrte der ihr eigentümlichen Frische, und sein Haar, das noch vor kurzem nur von weißen Fäden durchzogen gewesen, war jetzt vollständig gebleicht. Aber nicht allein in Monheer van Sendens äußerer Erscheinung machte sich ein Verfall bemerkbar, sondern er fühlte auch, daß die Kämpfe der letzten Jahre, besonders aber die der letzten Monate, seine Kraft gebrochen hatten, und er nicht mehr die Fähigkeit besaß, leichten Sinnes über Fährlichkeiten hinwegzuschreiten, die sich ihm entgegenstellten.

Im Gegenteil. Nicht der beste Wille reichte aus, ihn seine Lage in einem minder bedrohlichen Lichte erscheinen zu lassen. Von allen Seiten zogen sich die Wolken zusammen und kündeten ein Gewitter an, das sehr wohl über seinem Haupte sich entladen konnte — nun entladen mußte. Die Gattin im Bunde mit Grietje van Senden, seiner erbitterten Gegnerin, würde keinen Anstand nehmen, unbekümmert um sein Ansehen, jeden Schritt zu tun, von dem sie einen Erfolg sich versprechen durfte. Er hatte das untrügliche Bewußtsein, daß in dieser Stunde, wenn überhaupt jemals von einem ehelichen Glück hatte die Rede sein können, dasselbe zu Fall gebracht worden war, und durfte nicht hoffen, die Meinung seiner Gattin über ihn noch wieder mit einer anderen vertauscht zu sehen.

Zum ersten Male erwog Monheer van Senden am Abend dieses Tages ernstlich, ob es nicht in der Tat noch im letzten entscheidenden Augenblick möglich sein werde, ihm das Heft aus den Händen zu reißen, und schon dieses Erwägen sagte ihm, daß er den besten Teil auf die Anwartschaft, seinen Plan gelingen zu sehen, bereits verloren hatte. Herrn van Meenens Worte gaben ihn nicht mehr frei, und daran war seine Gattin schuld. Die Unterredung mit ihr wirkte unheilvoller auf ihn, als alle Vorgänge, die ein Scheitern seiner Pläne in das Bereich der Möglichkeit gezogen.

Wenn die Transvaal-Regierung von ihrem Recht Gebrauch machte und in der Nachlaßsache des Berginspektors van Senden einen Kurator bestellte, dann würde es Monheer Egnatius schwerlich gelingen, sein Anrecht auf die Grubenaktien nachzuweisen. Wilm hatte sie von Lasser & Sons gekauft. Daß es im Auftrage seines Vaters geschehen war, würde dieser um so weniger beweisen können, als er monatelang mit der Firma über den Ankauf der Aktien unterhandelt und definitiv davon Abstand genommen, nachdem die Tätigkeit seines Sohnes auf Lasser & Sons zu wirken begonnen und die Firma keine Neigung mehr bezeigt hatte, zu dem Tageskurse zu verkaufen. Auf jeden Fall würde ein Zeugnis dieser Herren seinen Angaben nicht günstig sein.

Monheer Egnatius van Senden überlegte im Verfolg seiner Betrachtungen sogar, ob es unter diesen Umständen nicht besser sein würde, einer unfreiwilligen Abwesenheit des Sohnes von dem Schauplatz seiner geschäftlichen Beziehungen ein Ende zu machen, konnte aber noch nicht zu einem Entschluß kommen. Es dünkte ihm auch nicht rätlich, unter den bestehenden Verhältnissen an Stephan Mildler zu schreiben, beschloß aber, ihn am darauffolgenden Morgen durch eine chiffrierte Depesche von dem Besuche des Herrn van Meenen zu benachrichtigen, nachdem er es, von einer quälenden Stimmung vollständig beherrscht, unverantwortlicherweise bis zur Stunde verabsäumt hatte.

Die Nacht brachte dem aufgeregten Manne keinen Schlaf und der kommende Tag neue Unruhe.

Gegen neun Uhr, als Monheer van Senden sich noch in seinem Ankleidezimmer befand, denn er war ungewohnt spät aufgestanden, hörte er eine ihm bekannte Stimme mit dem Diener sprechen. Gleich darauf wurde ihm der Generaldirektor Brandt gemeldet. Er folgte dem Diener auf dem Fuße.

„Was ist geschehen?"

Diese hastig hervorgestoßene Frage Egnatius van Sendens, die demselben beim Anblick des Geschäftsfreundes unwillkürlich entschlüpft war, fand nicht gleich eine Beantwortung. Josef Brandt ließ sich mit allen Anzeichen einer vollständigen Erschöpfung auf einen Sessel nieder, und erst dann kam die Antwort; langsam, mit heiserer Stimme, wurde sie gegeben:

„Meine Frau hat bei Joshua Danley in Tati eine Zuflucht gefunden."

„Monheer Egnatius van Senden fuhr zusammen.

„Damn!" fluchte er. „Was nun?"

Mit zitternder Hand langte der Generaldirektor in die Brusttasche seines Rockes und überreichte dem Freunde eine Depesche.

„Mrs. Lisa Brandt, die seit ihrem Verschwinden bei meinem Bruder in Tati gelebt hat, soll in einigen Tagen nach Johannesburg abreisen, um im Hause Frau Grietje van Sendens zu bleiben, bis ihre Ehe gelöst ist. Die Scheidung ist bereits eingeleitet, Strafantrag wegen Fälschung, respektive Beihülfe gestellt. Das Nähere mündlich."

Egnatius van Senden las die Depesche ein- — zweimal. Dann ließ er die Hand, welche sie hielt, sinken, aber kein Laut kam über seine Lippen. Minutenlang herrschte tiefe Stille in dem Raume.

„Mit Joshua Danley ist nicht zu spaßen", sagte endlich Egnatius van Senden. „Er wird dem Bruder die Täuschung nicht vergeben, und — und —"

Der Generaldirektor hatte ihn verstanden.

„Er ist einer von den Menschen, die auf den Grund gehen und sich für Andere ins Zeug legen", vollendete er. „Wir haben nicht auf Schonung zu rechnen, nachdem es meiner Frau einmal gelungen ist, ihn für sich zu interessieren."

Abermals eine Pause.

„Wird Joshua Danley im stande sein, einen Beweis zu führen?" fragte endlich Monheer van Senden. „Was sind die Aussagen einer Frau, deren Mutter im Irrenhause endigte, und welcher eine erbliche Belastung, an der Hand ihrer eigenen Unternehmungen, die gewiß nicht von gesundem Sinn zeugen, nachgewiesen werden kann?"

„Illusionen, van Senden", entgegnete Josef Brandt mit einer beängstigend auf den Freund wirkenden Ruhe, die im grellen Gegensatze zu den Gefühlen stand, welche ihn naturgemäß beherrschen mußten. „Joshua Danley hat die Initiative ergriffen, und das sagt genug. Er ist seiner Sache vollständig sicher, sonst würde er nicht in der von